

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 053 | 7.6.2024

Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage: **Merz: Terror und Gewalt gemeinsam bekämpfen**

Liebe Leserin, lieber Leser,

der grausame, mutmaßlich islamistisch motivierte Terroranschlag in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten schockieren Deutschland. Wir sind zutiefst betroffen vom Tod des Polizisten Rouven L. und sprechen den Angehörigen unser Mitgefühl aus. Wir hoffen überdies auf die schnelle Genesung der weiteren Opfer des hinterhältigen Messerangriffs.

Diese heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren ohnehin bereits angespannt ist. Die Straßenkriminalität wird mehr, die politisch motivierte Kriminalität ist in vielen Bereichen sprunghaft angestiegen. Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte, aber auch auf Ehrenamtliche und Politiker nehmen zu. Die irreguläre Migration ist nicht gestoppt. Dies alles verunsichert die Bürger und trägt zu einer Polarisierung in der Gesellschaft bei. Die Bürger verlieren das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, diesen Entwicklungen

Einhalt zu gebieten. Es braucht jetzt schnelles Handeln der Bundesregierung und sichtbare, wirksame Ergebnisse. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei.



Zuerst: Die Bundesregierung muss die Bekämpfung des Islamismus und des politischen Islam wieder in den Vordergrund drücken. Die Bundesregierung hat tatenlos dabei zugesehen, wie ein immer größeres, immer radikaleres islamistisches Milieu in unserem Land heranwächst. Kalifats-Demos sind nur eine Seite dieser Gefahr. Welche konkreten Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, haben wir im [Antrag](#) „Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“ dargelegt.

Diesen 26 Forderungspunkte umfassenden Antrag haben wir in dieser Woche erneut ins Plenum eingebracht – inklusiver einer namentlichen Abstimmung.

Von der  **abgelehnt!**

Darüber hinaus braucht es eine echte Wende in der Asylpolitik. Auch wenn die Bundesregierung den Eindruck vermitteln will: Die Migrationskrise ist nicht gelöst, die Ampel agiert weiter viel zu zögerlich. Zu den zahlreichen notwendigen Maßnahmen zählt eine Verschärfung der Abschiebungs- und Gewahrsamsregeln für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen für Straftäter und Gefährder aufgenommen werden.

Und schließlich: Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Politik müssen sich ohne Wenn und Aber hinter unsere Polizei stellen, die tagtäglich für unseren Schutz und unsere Sicherheit eintritt. Das strukturelle Misstrauen gegen unsere Polizei, das sich wie ein roter Faden durch die Politik der Ampel-Koalition zieht, muss ein Ende haben.

Unser Antrag „Elementarschadenversicherung fit für die Zukunft machen“

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Deutschland spürbar. Schadenereignisse nehmen stetig zu. Die bei Elementarschadenereignissen auftretenden Schäden sind für die Eigentümer von existenzieller Bedeutung, sie können schnell in die Hunderttausende Euro gehen. Die einfache Wohngebäudeversicherung leistet in der Regel nicht bei Überschwemmung und Starkregen, sondern lediglich bei Feuer, Blitzschlag, Sturm und Hagel. Für den Schutz gegen Überschwemmung und Starkregen bedarf es einer Elementarschadenversicherung, die im Rahmen der Wohngebäudeversicherung in der Regel gegen eine Zusatzprämie angeboten wird.

Lediglich etwa 50 Prozent der circa 8,5 Mio. Wohngebäudeversicherungen in Deutschland besitzen eine Elementarschadenabsicherung.

Mit einem eigenen [Antrag](#) haben wir in dieser Sitzungswoche eine gesetzliche Regelung gefordert, um den privaten Versicherungsschutz für Elementarschäden auszuweiten. Im Neugeschäft soll die Wohngebäudeversicherung nur noch mit einer Elementarschadenabsicherung angeboten werden. Diese kann im Rahmen einer informierten Entscheidung und Belehrung über die Konsequenzen auch abgewählt werden (Opt-Out).

Im Bestandsgeschäft – also dort, wo bereits Versicherungspolice vorhanden sind – sollen sämtliche Wohngebäudeversicherungen zu einem Stichtag um eine Elementarschadenversicherung erweitert werden. Auch diese Erweiterung kann innerhalb einer gewissen Frist abgewählt werden.



So wollten wir sicherstellen, dass jeder Haus- oder Wohnungseigentümer die Möglichkeit zum Abschluss einer Elementarschadenversicherung erhält und über die Risiken des Verzichts informiert ist. Auf diesem Wege wollten wir zudem sicherstellen, dass bei zukünftigen Großschadensereignissen keine staatlichen „Fluthilfen“ mehr erforderlich sind. Wir nehmen Prävention und Klimafolgenanpassung in den Blick.

Von der  **abgelehnt!**

Untersuchungsausschuss „Habeck-Akten“

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien der Minister Habeck und Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde.

Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. **Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen.**



Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären. **Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung während einer Lage mit „Krieg in Europa“ zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind.**

Die Bundesminister Robert Habeck und Steffi Lemke haben bisher die Gelegenheit verpasst, die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufzuklären.

Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in die Schatten dieses intransparenten Vorgangs zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Deshalb beantragen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“.

Berufsorientierung strukturieren – Berufliche Bildung reformieren – Zukunft sichern

Mit unserem [Antrag](#) – den wir in dieser Woche erstmals beraten haben – fordern wir: Die berufliche Bildung soll auch weiter ein Aushängeschild für Deutschland bleiben. Sie ist essenziell für den Fachkräftenachwuchs, die Stärkung unserer Wirtschaft und die Integration junger Menschen.

Damit dies so bleibt, streben wir eine nationale Qualitätsoffensive und eine strukturierte Berufsorientierung ab Grundschulalter an. Zudem soll die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems durch regelmäßige Modernisierung und den Aufbau von Azubi-Campus gesteigert werden. Wir fordern auch die rechtliche Verankerung des Deutschen Qualifikationsrahmens zur Stärkung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse sowie mehr Durchlässigkeit im Aus- und Weiterbildungssystem. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist zentral, um den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und die Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern.

Unseren [Antrag](#)

Arbeitszeit flexibilisieren – Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien

haben wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten. Darin setzen wir uns für eine deutliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Deutschland ein. So kommen wir den Bedürfnissen der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege entgegen.

Aktuell wird die Arbeitszeit durch das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) auf einen Acht-Stunden-Tag beschränkt, der auf bis zu zehn Stunden täglich ausgeweitet werden kann. Andere EU-Länder sind bereits weiter: Sie nutzen die Vorteile einer flexibleren, wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Wir fordern daher die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeitregelung, um mehr Flexibilität zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die Arbeitszeiten – trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag – flexibler zu gestalten und die Belastung für die Beschäftigten zu verringern.

Von der  **abgelehnt!**

Mit unserem [Antrag](#)

Für die „Vision Zero“ und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr

sprechen wir uns gegen die von der Bundesregierung geplante Anhebung des Tetrahydrocannabinol (THC)-Grenzwertes im Blutserum von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml aus. Dieser Schritt würde die Verkehrssicherheit erheblich gefährden. Die Bundesregierung darf die Interessen der Cannabiskonsumenten nicht über den Schutz aller Verkehrsteilnehmer stellen.

Wir fordern deshalb – im Sinne der „Vision Zero“, einer Strategie zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen im Stra-

ßenverkehr – auf die Anhebung des Grenzwertes zu verzichten. Wir plädieren dafür, ein generelles Fahrverbot für Cannabiskonsumenten beizubehalten, wie es die aktuelle Rechtsprechung mit dem Grenzwert von 1,0 ng/ml bereits vorsieht. Zusätzlich fordern wir, die Regelungen zur Eignungsprüfung bei cannabisbezogenen Verhaltens- und Verkehrsauffälligkeiten unverändert zu lassen und die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) nicht erst bei wiederholten Zuwiderhandlungen anzuordnen.

Die vorgeschlagenen Lockerungen der Überwachungspraxis lehnen wir ab, da sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden und das Ziel der „Vision Zero“ untergraben. In dieser Woche haben wir unseren Antrag abschließend im Plenum beraten und auch über den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Konsumcannabisgesetzes und des Medizinal-Cannabisgesetzes abgestimmt.

Von der  **abgelehnt!**

Zitat der Woche

«Der Mord mitten auf einem deutschen Marktplatz zeigt weitere gravierende Missstände auf, die wir dringend beseitigen müssen. Ich will es sehr deutlich sagen: Die Zeit des Warnens und des Verurteilens, des Abwiegeln und der Ankündigungen, diese Zeit ist jetzt vorbei.

Die Menschen erwarten, dass wir handeln. Sie erwarten Entscheidungen. Sie warten auf eine klare, unmissverständliche Antwort der Politik. Das bedeutet konkret: Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, muss jetzt handeln. Sie müssen diese Lage in den Griff bekommen. Es geht um den Kernbestand des Zusammenhalts unserer Gesellschaft – um nicht mehr und um nicht weniger»

(Partei- und Fraktionschef **Friedrich Merz** am Mittwoch in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Die Rede gibt es hier: [KLICK](#))

Bilder der Woche

Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion



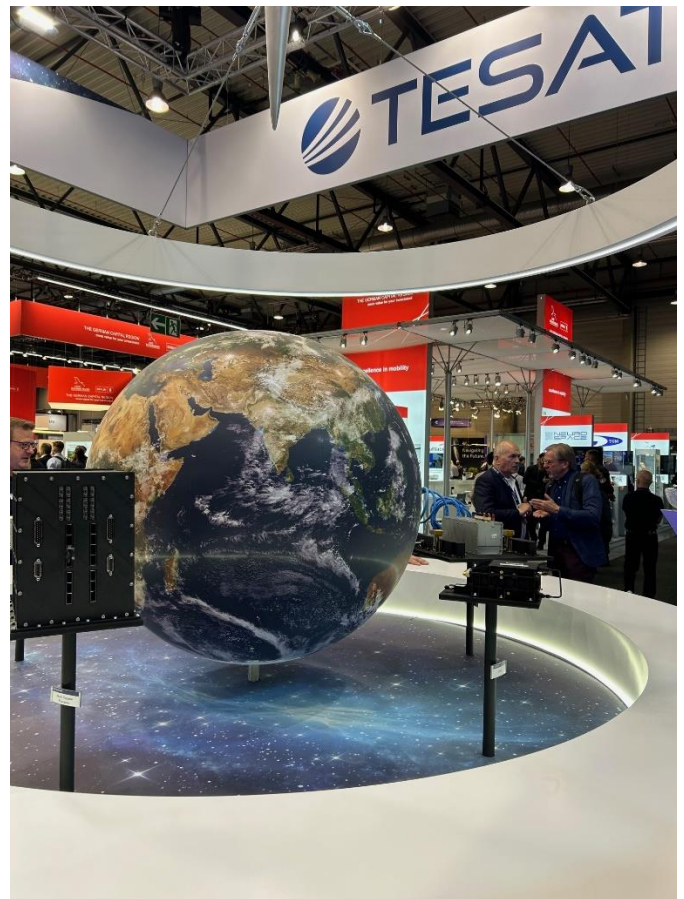
Neben einigen anderen Funktionen bin ich auch stellv. Vorsitzende der [Arbeitnehmergruppe](#) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Am Dienstag trafen wir uns mit dem Arbeits- und Sozialminister Nordrhein-Westfalens (und neuem stellv. Vorsitzenden der CDU Deutschland), **Karl-Josef Laumann**. Es war ein fruchtbarer und lebhafter Austausch!



Auf meine Vermittlung hin besuchte die EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Frau **Illiana Iwanowa**, den Ausschuss für Bildung und Forschung. Ein Foto mit den Mitgliedern der Unionsfraktion ließen wir uns nicht nehmen.



Internationalen Flair verströmte der Empfang im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS). Praktikanten aus 42 Ländern zeigten anschaulich, wie bunt die Welt ist. Mein Team und mich unterstützt seit April **Stefani Jovcheska** aus Nordmazedonien.



Die Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung ILA ist die bedeutendste Fachmesse der Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland und zählt neben dem Pariser Aerosalon und der Farnborough Air Show in England zu den großen und wichtigen Luft- und Raumfahrtmessen der Welt. Natürlich ist auch die Backnanger Hightech-Schmiede [TESAT](#) dort vertreten.

Und wenn TESAT in Berlin ist, bin ich bei TESAT. Es ist immer ein kurzweiliges und lehrreiches Vergnügen, mich mit CEO **Thomas Reinartz** auszutauschen.

Am Sonntag ist **Kommunal- und Europawahl.**

9. JUNI CDU WÄHLEN!

IN FREIHEIT.
IN SICHERHEIT.
IN EUROPA.



Splitter aus dem Wahlkreis



Wahlkampf in Mutlangen



Ein starkes Team in Schwäbisch Gmünd



In Murrhardt macht der Wahlkampf Spaß
– egal bei welchem Wetter...





Auch in Backnang und Spiegelberg sind die CDU-Mitglieder unermüdlich unterwegs, um für die Europa- und Kommunalwahl zu werben



„Waldbau mit Weitblick“ – so war eine interessante Exkursion in Lorch-Waldhausen überschrieben. Zusammen mit meinen Landtagskollegen **Sarah Schweizer** und **Tim Bückner** informierte ich mich über die Anpflanzung anpassungsfähiger Wälder.

Auch Kreisbauernchef **Hubert Kucher** gab sich die Ehre.



Ein Schnappschuss aus dem Festzelt beim Kreismusikfest in Mutlangen.

Es war heiß, es war laut, es war schwül
- kurz: es war großartig!





Eine gelungene Veranstaltung war der „Dämmerschoppen“ meines Landtagskollegen **Tim Bückner**. Ehrengast war der ehemalige Minister und Landtagspräsident **Guido Wolf**.

Der Brauereigasthof „Lamm“ in Untergröningen war gut besucht, die Diskussionen lebhaft.